

*Präsident Duque hat gegen sechs Paragraphen des Durchführungsgesetzes zur Übergangsjustiz (JEP) Einspruch eingelegt, und es wird diskutiert, wie die beiden Kammern des Kongresses mit den Einsprüchen umgehen sollen.*

*Der Kommentator Jairo Gómez beleuchtet am 20.3.2019 für SEMANA die parteipolitischen Hintergründe, besonders die Rolle der Partei Duques und des früheren Präsidenten Uribe, nämlich des Centro Democrático:*

### **Das Centro Democrático, die Partei des Nein**

Das Centro Democrático(CD) ist damit beschäftigt, seinen ideologischen Streit mit der FARC wieder zu beleben und wählt die aufgelöste Guerrillaorganisation zum perfekten „Sparringspartner“, der ihm helfen soll, in den Umfragen zu überleben und ihm eine gute Ausgangsposition für die Kommunalwahlen im Oktober zu verschaffen.

Das ist die Strategie. Daher ist die Wahlrakete auf das Herz des Friedensabkommens gerichtet, nämlich die spezielle Justiz für den Frieden(JEP). Indem man alle Kampfformen kombiniert, schickt das CD sich an, so wie es früher die Informationen manipulierte zugunsten des Nein beim Referendum zum Friedensabkommen, bei den Opfern herumzufummeln, denen man die Idee verkauft, bei den in Havanna getroffenen Vereinbarungen handele es sich um nichts anderes als um ein Abkommen über Straflosigkeit, das man deshalb zerfetzen müsse.

Zweifellos, gedrängt von seinem großen Mentor (gemeint: Expräsident Uribe, A.d.Ü.), hat Präsident Duque die Entscheidung getroffen, um seiner Partei zu helfen, ein Wahlprogramm zu schmieden, indem er gegen sechs Paragraphen des Gesetzes Widerspruch einlegte und vorschlug, durch die Verfassung den Gesetzgebungsakt zu modifizieren, mit dem das integrale System von Wahrheit, Gerechtigkeit, Wiedergutmachung und Nichtwiederholung geschaffen wurde, obwohl ein ausdrückliches Verbot durch das Verfassungsgericht existiert, in den nächsten drei Regierungsperioden Änderungen am Abkommen zwischen dem kolumbianischen Staat und der damaligen Rebellengruppe vorzunehmen.

Aber es ist nicht die Wahrheitskommission oder die Behörde zur Suche nach verschwundenen Personen, die Präsident Duque und seine Partei CD verschwinden lassen wollen, sondern es ist die JEP und mittels seiner Entscheidung will er die Wahrheit neutralisieren, juristische Ungewissheit schüren und die Tür verschließen für jeglichen zukünftigen Verhandlungsfrieden (etwa mit dem ELN, A.d.Ü.).

Das ist das Wahlkampfthema und es dient Senator Álvaro Uribe und den von ihm Angeführten. Mit Volldampf, mit einer gut geölten Maschinerie und ohne jedes Argument bestehen sie darauf, dass die JEP beendet werden muss, wobei sie gleichzeitig die JEP bezeichnen als eine Instanz zur Einschüchterung der Staatsmacht, deren Angehörige „mit Terroristen verglichen“ würden. Es ist die alte Strategie, aufs Neue das alte überwundene Thema wieder in die Debatte einzuführen, Kolumbien habe keinen „bewaffneten Konflikt“ durchlebt.

Paradoxerweise findet diese Sichtweise des Konflikts durch Expräsident Uribe nicht den Widerspruch seiner politischen Widersacher, sondern seitens der ehemaligen Soldaten und Polizisten, die sich freiwillig dazu entschlossen, sich der Übergangsgerechtigkeit zu stellen (es sind schon mehr als 2000 Staatsbedienstete, die sich für die Vergünstigungen durch die JEP entschieden, darunter fast 20 Generäle).

CD und Präsident Duque irren sich. Es wird keine Straflosigkeit für frühere Mitglieder der Guerrilla geben, und auch die Staatsmacht wird keiner anderen Instanz als der JEP unterzogen werden, die ihr die Vergünstigungen verschafft, die sich bereits heute zeigen.

Die Verfahren der Übergangsgerechtigkeit begannen bereits Resultate zu zeigen, wie dies auch von den Garantiestaaten, von der EU, von den Demokraten im US-Kongress und als wichtigstem Gremium vom Internationalen Strafgerichtshof aufgenommen wurde. „Lasst die JEP arbeiten“, sagte die UNO.....

Der Präsident hat sich auf einen schwankenden Boden begeben, nachdem er sein Mandat gerade erst angetreten hat, ein Boden, auf dem intensive Debatten stattfinden werden, was mindestens zwei Jahre dauern wird, während das Land sich fragen wird: „Wofür haben wir ihn gewählt?; dafür, einen neuen Diskurs des Krieges aufleben zu lassen, der ja von den Verhandlungen überwunden war?“ Oder doch eher dafür, den Kolumbianern ein prosperierendes Land zu hinterlassen, auch eines mit mehr Touristen, aber das kann nur durch den Frieden garantiert werden.